

Während die Einnahmen und Ausgaben sich im Haushaltsjahr auf knapp 59 Mill.€ beliefen, machen sie für 2013 rund 63, 5 Mill € aus, was eine Steigerung von ca. 7,5% bedeutet. Darin enthalten sind auch eine Kreditaufnahme von ca. 1,5 Mill€ zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes, so dass der Haushalt auch dieses Jahr wie seit 2010 nicht ohne eine Neuverschuldung auskommen wird. Dies wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen, hat man die von der Verwaltung vorgelegten Prioritätenliste bis 2015 im Blick.

Wie in den vergangenen Jahren werde ich im weiteren auf die Nennung von Zahlen verzichten, da diese bereits bekannt sind bzw. im Laufe der Haushaltsreden noch genannt werden und werde mich auf grundsätzliche Ausführungen beschränken.

Nachdem im vergangenen Jahren zu den Haushalten 2011/2012 die Grund- und Gewerbesteuersätze gegen unseren Willen maßgeblich erhöht wurden und jetzt über dem Landesdurchschnitt liegen (vor der Erhöhung lagen wir unter dem Durchschnitt), können wir für diesen Haushalt feststellen, dass keine weiteren Steuererhöhungen geplant sind, was wir sehr begrüßen. Allerdings wurde in der letzten Gemeinderatssitzung die Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Plätzen und Straßen drastisch z.T. um 100% erhöht, was die CDU-Fraktion entschieden abgelehnt hat, zumal in den vergangenen Jahren die Gewerbetreibenden durch die vielfältigen Baumaßnahmen wie Schlossplatz stark beeinträchtigt waren. Trotz des Versuches von der Verwaltung die Einnahmenseite durch Gebührenerhöhungen zu verbessern, ist das Bemühen der Verwaltung sichtbar, auch Einsparungen im Verwaltungshaushalt vorzunehmen. So hat die Verwaltung auf Anraten des Verwaltungsausschusses die Vereinbarung getroffen, z.B. die Titel Beschaffungen und Sachkosten um pauschal 5% zu kürzen, um ein erstes Zeichen zu setzen. Unserer Meinung nach ist hier der Rahmen immer noch nicht voll ausgeschöpft, aber ein Anfang wurde im Haushalt 2012 und jetzt gemacht, sodass eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt von 3,5 Mill € in den Vermögenshaushalt möglich ist. Dies ist insbesondere erwähnenswert, da bei der Kinderbetreuung der Zuschussbedarf von ca. 2 Mill.€ auf 2,6 Mill.€ gestiegen ist. Außerdem fallen vor allem die gestiegenen Kosten für Heizung und Strom ins Gewicht. Die Personalkosten bewegen sich auf einem durchaus akzeptablen Niveau, zumal die Verwaltung unsere Anregung, innerbetriebliche Aufgabenverschiebungen mit Hilfe von Umsetzungen des Personals zu lösen, zumindest begonnen hat und Engpässe nicht nur durch Neueinstellungen zu beheben beabsichtigt. Diese Möglichkeit der Personalpolitik muss unbedingt fortgesetzt werden. Es gibt viele Haushaltsstellen, auf die der Gemeinderat keinen direkten Einfluss hat. Er ist deshalb gehalten, dort wo er die Möglichkeit zur Korrektur hat, einzugreifen. Dazu zählen u.E. auch die freiwilligen Leistungen einer Stadt. Es geht uns hier nicht darum, diese zu begrenzen oder gar Einrichtungen wie in anderen Städten zu schließen, sondern darum, keine neuen freiwilligen Leistungen zu generieren.

In Zeiten von bevorstehenden Wahlkämpfen ist diese Gefahr besonders groß. Es wäre wünschenswert, wenn man sich auf Anträge, die ursächliche Aufgaben der Gemeinden betreffen, einigen könnte.

Warum ist es wichtig, eine hohe Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt zu erwirtschaften und dies nachhaltig zu sichern. Dringend notwendige Investitionsmaßnahmen stehen an. Dies vor allem in den Schulen und Gebäuden, die zu einer Zeit gebaut wurden, wo Heizöl und Strom billig waren und man daher auf energiesparende Maßnahmen großzügig verzichten konnte. Dies hat sich umgekehrt und die Stadt muss zukünftig große finanzielle Anstrengungen unternehmen, um durch energetische Maßnahmen Strom- und Heizungskosten dauerhaft zu senken. Dies ist für die CDU-Fraktion das wesentliche Argument, im Vermögenshaushalt einer Aufnahme eines Darlehens von 1,5 Mill € zuzustimmen. (Sanierung Rathaus 260.000€, Zeyerschule 900.000€ Wärmedämmung, Fensteraustausch, Hebelgymnasium erste Rate von 300.000€ von insgesamt geplanten 5 Mill., und Palais Hirsch 150.000 € Brandschutz, 2.Rettungsweg). Nur einer Darlehensaufnahme zuzustimmen, weil Darlehen z.Zt. billig zu haben sind (wie aus manchem Munde zu hören ist) erteilen wir in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen eindeutig eine Absage, denn Darlehen müssen auch wieder zurückgezahlt werden. Alle reden von ausgeglichenen Haushalten ohne Neuverschuldung bzw. Schuldenabbau und keiner hält sich daran.

Solange sich die Wirtschaft in einer guten Konjunktur befindet und auch die Steuereinnahmen entsprechend steigen, sollte man grundsätzlich mit dem auskommen, was erwirtschaftet wurde.

Dies wird in den kommenden Jahren nicht einfach werden, da notwendige Investitionsmaßnahmen anstehen. Eine Liste liegt uns vor, die uns aber auch zeigt, dass neue Maßnahmen genauestens auf ihre Kosten überprüft werden müssen. Die CDU-Fraktion hat deshalb nur unter dem Vorbehalt einer weiteren Prüfung zum Bau einer Straßenbahn-Anbindung nach Heidelberg zugestimmt, dass dies keine Zusage für den Bau einer Straßenbahn beinhaltet und damit keine verbindlichen Zusagen hinsichtlich der Kostenbeteiligung sowohl der Investitionskosten wie auch der Betriebskosten verbunden sind.

Für die CDU-Fraktion kann die Entscheidung auch weiterhin keinen ideologischen Ansatz haben, sondern es ist ausschließlich von praktischen Nutzen und der finanziellen Machbarkeit auszugehen.

Auch die Überlegungen zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule und einem damit verbundenen evtl. Neubau, sowie einer Verwertung der Konversionsflächen müssen diese Überlegungen vorausgehen, damit die Verschuldung der Stadt in einem überschaubaren Rahmen gehalten wird, wie dies in den vergangenen Jahren der Fall war.

In Anbetracht dieser gewaltigen Zukunftsaufgaben erkennt die CDU-Fraktion durchaus das Bemühen der Verwaltung an, auch die Ausgabenseite zu

begrenzen, obwohl hier, wie bereits ausgeführt, noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Diese Möglichkeiten zukünftig auszuschöpfen, um wichtige Investitionen durchführen zu können und um Nachhaltigkeit zu erreichen, wird Aufgabe der kommenden Haushalte sein.

Die CDU-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung 2013 zu.